



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVI/83 - 12. April 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

- | | | |
|-------|--|----|
| 1 - 2 | <u>Selbstbestimmung und Entkolonialisierung</u>
Gedanken zur Tagung der Interparlamentarischen Union in Genf
Von Dr. Karl Mommer, MdB. | 72 |
| 3 | <u>Französisch-algerische Verhandlungen in der Sackgasse ?</u>
Nach der Pressekonferenz de Gaulles
Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer | 35 |
| 4 | <u>Eine Aufgabe unserer Zeit</u>
Zu den sozialdemokratischen Grundforderungen
für eine fortschrittliche Familienpolitik | 44 |
| 4a | <u>Weltfremd oder Komplize ?</u>
Ein Münchener Prozeß am Rande des "Falles Heyde-Sawade" | 35 |
| 5 - 6 | <u>"Ke Gold - ke Musik !"</u>
Rundfunkspiele in Österreich
Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Pranta | 78 |

* * * *
* * *

Selbstbestimmung und Entkolonialisierung

Gedanken zur Tagung der Interparlamentarischen Union in Genf

Von Dr. Karl Kommer, MdB

Es muss möglich sein, das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen und anderer unterdrückter Völker in Europa im Bewusstsein der Welt so mit dem Gedanken der Selbstbestimmung bisher unselbständiger Kolonialvölker zu verbinden, dass sie unter dem Oberbegriff der Freiheit gegen Unterdrückung und Bevormundung zu ein und demselben weitpolitischen Thema werden.

Die Notwendigkeit dieser Verbindung wurde bei uns schon längst erkannt. Immer wieder wird in Reden auf den Widerspruch hingewiesen, dass in Europa die Unterdrückung in derselben Epoche zugezogen hat, in der in Asien und Afrika dauernd neue unabhängige Staaten entstanden sind. Wie und wo könnte jedoch dieser Gedankengang für die Befreiung der Deutschen in Mitteldeutschland wirksam und fruchtbar gemacht werden? Wie kann man unsere westlichen Freunde in solcher Weise gewinnen, dass es für sie zur Selbstverständlichkeit wird, das Problem der Unabhängigkeit und Selbstregierung als Weltproblem, das am wenigsten in Europa gelöst ist, zu sehen?

Wie kann man die Neutralen und vor allem die neuen Nationen dazu bringen, die Parallele in Europa zur kolonialen Unfreiheit ausserhalb Europas zu sehen und so zu begreifen, dass sie es als unmöglich empfinden, für die Selbstbestimmung in Afrika einzustehen ohne das gleiche Recht auch für unterdrückte Völker in Europa zu fordern?

Dass es nicht leicht ist, Angehörige anderer Nationen zur konsequenten Anwendung dieser Gedanken- und Aufgabenverbindung zu gewinnen, konnten die deutschen Parlamentarier auf der Frühjahrstagung der Interparlamentarischen Union in Genf feststellen, die soeben zu Ende ging. Über 40 Nationen entsandten Delegierte, darunter viele Afrikaner und Asiaten. Es wurde heftig über den Kolonialismus, namentlich über das Kongo-Problem diskutiert. Natürlich gebärdeten sich die Pseudo-Parlamentarier der Sowjetunion und ihrer osteuropäischen Zwangsgemeinschaft als die einzigen Antikolonialisten und selbstlosen Verfechter der sofortigen Befreiung der (wenigen verbliebenen) Kolonialgebiete.

Die Engländer traten dieser Heuchelei entgegen und schrieben in eine Dokumentation den schlichten Satz hinein: Die Sowjetunion ist die grösste imperialistische Macht dieser Epoche.

Hier konnten die deutschen Delegierten einhaken und Zeugnis ablegen von der imperialistischen Beherrschung der 17 Millionen Deutschen in Mitteldeutschland durch die Sowjetunion. Leider sind wir die einzigen, die gegen die Unterdrückung ihres eigenen Volkes sprechen können. Die anderen osteuropäischen Völker sind zur Gänze dem imperialistischen Herrschaftswillen der Sowjetunion unterworfen. Bei internationalen Zusammenkünften sprechen für sie nur die Vertreter der kommunistischen Sekten oder Kinderheiten, die auf den Spitzen der sowjetischen Bajonette in die Macht gehoben wurden. Es wirkt makaber, wenn ungarische "Parlamentarier" gegen die westlichen Imperialisten poltern und einem deutschen Delegierten, der gegen die sowjetische Unterdrückung der Deutschen und anderer Völker auftritt, als Verleumder der Freiheit und Segen bringenden Sowjetmacht beschimpft.

Mit dieser Sachlage müssen wir rechnen und wir werden, was die Haltung der Ostblockvertreter angeht, kaum etwas tun können. Wenn aber auch Delegierte Afrikas und Asiens nicht genug Verständnis für die Probleme der Unterdrückten in Europa aufbringen, dann muss man sagen, dass hier lösbare Aufgaben vor uns stehen.

Nur durch zähe Aufklärungsarbeit kann man der kommunistischen Propaganda und dem gewohnten Denken, dass Weisac ja nicht unfrei sein können, entgegenwirken. Wir sollten keine Gelegenheit versäumen, in dieser Richtung zu wirken. Leider können wir das nicht selber bei den Vereinten Nationen tun, wo, wenn wir dort wären, der deutsche Vertreter bei jeder Debatte über den Kolonialismus sein ceterum censeo sagen müsste. Natürlich könnte das auch von unseren Freunden gesagt werden.

Tut die Bundesregierung alles, dass das geschieht? Wir müssen dazu kommen, dass man in Afrika und Asien weiss, dass die Deutschen dort für die Unabhängigkeit eintreten, aber auch um Verständnis und Hilfe im Kampf um ihre eigene deutsche Freiheit, Einheit und Selbstbestimmung ringen. Dort muss man auch wissen, dass eine solche politische "Entwicklungshilfe" für die deutsche Selbstbestimmung der einzige Dank wäre, den wir für die wachsende wirtschaftliche Entwicklungshilfe fordern dürfen, ja fordern müssen.

+ + +

Französisch-algerische Verhandlungen in der Sackgasse ?

Nach der Pressekonferenz de Gaulles

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Schöner

De Gaulles Pressekonferenz, in aller Welt mit grosser Spannung erwartet, bestätigte und verstärkte die Absicht Frankreichs, Algerien die Unabhängigkeit zu geben. Für die Mehrheit der Franzosen ist das eine erschütternde Wendung. "Algerien kostet uns mehr als es uns einbringt", sagte de Gaulle. Gestern noch als unantastbares französisches Staatsgebiet betrachtet, wird Algerien heute als Last empfunden, die man möglichst bald loswerden will.

Die Frage ist jetzt für de Gaulle nur noch, ob das unabhängige Algerien mit Frankreich assoziiert wird, wie z.B. Madagaskar und die Elfenbeinküste, oder ob alle Bindungen gelöst werden, wie im Falle Guinea.

Welche Wirkung die Drohung mit totalem Abbruch in den verschiedenen Kreisen auslöst, ist noch nicht abzusehen. Für Frankreich wäre es ein schwerer Schlag, für Algerien möglicherweise eine Katastrophe. Vielleicht aber auch eine offene Einschaltung des Ostblocks.

De Gaulle hofft noch auf Assoziation. In diesem Falle soll der Wirtschaftsplen von Konstantin seine Früchte tragen und Frankreich will weiterhin helfen. Man bedenke, dass z.B. für diese 4 Milliarden neue Francs Staatskapital in der algerischen Wirtschaft investiert werden. Im anderen Falle, den de Gaulle jetzt "mit kaltem Blut und ruhigem Herzen" erwägt, soll Frankreich sich vollkommen zurückziehen, und seine Landsleute in Algerien "schützen". Das kann vollkommener Abzug bedeuten. In Paris spricht man aber auch von der Möglichkeit einer Teilung Algeriens. In diesem Falle wären die Perspektiven düster. Von einem konkreten Beginn der angekündigten Friedensverhandlungen mit der FLN war auf der Pressekonferenz keine Rede. Theoretisch wird Algerien das Recht nicht nur auf Selbstbestimmung, sondern auch Unabhängigkeit anerkannt. Praktisch ist aber der Weg zu konkreten Waffenstillstandsverhandlungen weiterhin verrammelt. Die FLN wird als wichtigster, aber nicht als einziger Verhandlungspartner anerkannt, was den Ultras zu viel und der algerischen Exilregierung zu wenig ist.

Die jetzige Situation bedeutet Fortsetzung des Krieges, weiteres Zunehmen der rechtsradikalen Terrorakte und verstärkte kommunistische Bestrebungen um die Schaffung einer "Volksfront". Viele Franzosen hoffen allerdings, dass der Staatspräsident in seinen Reden auf der Rundreise durch Südwestfrankreich neue Worte sagt, die das Misstrauen der Algerier zerstreuen und den Weg zum Frieden freilegen.

* * *

Eine Aufgabe unserer Zeit

Zu den sozialdemokratischen Grundforderungen für
eine fortschrittliche Familienpolitik

sp- Die sozialdemokratischen Grundforderungen für eine fortschrittliche Familienpolitik gehen von der Voraussetzung aus, dass die Frau in der modernen Industriegesellschaft gewollt oder ungewollt eine ganz andere Rolle spielt als in früheren Jahren.

Es sind aber nicht nur die unverheirateten Frauen, die heute im Produktionsprozess stehen, sondern auch sehr viele Familiennützer. Oft ist über die Frage diskutiert worden, ob Frauen überhaupt arbeiten müssen, ob sie gezwungen sind, einen Teil zum Lebensunterhalt der Familie beizutragen, oder ob sie dies nur tun, weil sie der "gehobene Lebensstandard des Nachbarn" dazu reizt.

In dem einen oder anderen Falle mag dieser "Anreiz" zum Mitverdienen der Grund für die Einschaltung auch von Familiennüttern in den Produktionsprozess sein. In der überwiegenden Mehrzahl jedoch steht die berufstätige Frau von heute neben dem berufstätigen Mann, weil einmal das Einkommen des Mannes nicht ausreicht, um den Anforderungen des Lebens gerecht zu werden, zum anderen aber auch, weil so viel Arbeitskräfte dringend gebraucht werden, dass weder die Industrie, noch der Handel und die vieler Verwaltungsstellen der Behörden, der öffentlichen und privaten Wirtschaft auf Frauen verzichten können.

Alle diese Faktoren zusammen verlangen vom modernen Staat, dass er der Frau und der Familiennützer den Platz in der Gesellschaft einräumt, der ihr gebührt. Wir wissen, dass dies heute noch nicht der Fall ist. Unzählige Frauen leisten neben ihrer Berufsarbeit auch noch die Arbeit in der Familie. Sie sind der Motor des Haushaltes, das sorgende Element, die Beschützerinnen der Kinder und nicht zuletzt oft auch der ruhende Pol bei plötzlich auftretenden Spannungen; mögen diese nun aus materiellen oder anderen Gründen entstehen.

Es ist sicher, dass viele unserer berufstätigen Frauen -unter ihnen auch jene, die nicht direkt als Arbeitnehmerinnen tätig sind, so z.B. auf dem Lande in Bauernbetrieben- einen Arbeitstag von etwa 15 Stunden haben. Berücksichtigt man, dass ausser der unmittelbaren Arbeitsleistung im Betrieb selbst die Nervenbelastung, hervorgerufen durch Sorgen, die der Massenstehende oft nicht sieht, auch als Kräfteverbrauch gewertet werden muss, dann ergibt sich daraus nur eine Schlussfolgerung:

Die bisherige Familienpolitik in der Bundesrepublik
entspricht nicht den Erfordernissen unserer Zeit.

Mit der Verkündung ihrer Grundforderungen für eine zeitnahe Familienpolitik hat die Sozialdemokratische Partei die deutsche Öffentlichkeit wieder einmal an eine Verpflichtung erinnert, von deren Erfüllung das Schicksal vieler Familien abhängt.

Weltfremd oder Komplize ?

Ein Münchner Prozess am Rande des "Falles Heyde-Sawade"

sp- Reinhold M a y e r , der frühere Vorsitzende der FDP, fragte einmal in seiner besten Zeit, was in dieser Bundesrepublik eigentlich passieren müsse, "damit etwas passiert". - Diese Frage scheint immer aktuell zu bleiben.

* * *

Staatsanwalt Göppner vom Münchner Amtsgericht machte ein verdutztes Gesicht, als der Verteidiger der wegen unberechtigt erhaltener Versorgungsbezüge in Höhe von fast 65 000 DM angeklagten Frau des "Euthanasie-Professors" Heyde-Sawade auf den Richtertisch ein Schriftstück des bayerischen Finanzministeriums legte, aus dem hervorgeht, dass das Land Bayern keinerlei Ansprüche mehr gegen die Angeklagte hat...

Frau Heyde hat nämlich mit dem Freistaat Bayern - o h n e U n t e r r i c h t u n g der Anklagebehörde! - vergangenen Monat einen Vertrag abgeschlossen, der ihr bescheinigt, dass sie 45 000 DM - "geliehen von Verwandten" - an die bayerische Staatskasse zum Ausgleich der Schuld zahlt.

N o o h t o l l e r ! Ehemann Heyde, der bekanntlich im Untersuchungsgefängnis sitzt und seinem Prozess entgegenseht, in dem geklärt werden soll, ob er Morde an hilflosen Geisteskranken begangen hat, verpflichtete sich zur Zahlung des Restbetrages in Höhe von rund 20 000 DM an die bayerische Staatskasse!

Nun wird sich jeder normale Mensch fragen, wie die Heydes zu dieser Geld kommen. Heyde-Sawade macht es sich einfach. Er bescheinigt dem bayerischen Finanzministerium, die genannte Summe zu decken, "wenn ihm für die Vergangenheit oder Zukunft Ansprüche auf Versorgungsbezüge zuerkannt werden sollten". Frau Heyde jedoch hat die 45 000 DM "von Verwandten geliehen".

In Jerusalem steht ein Mann vor Gericht, dessen Untaten so grauenhaft sind, dass jeder anständige Mensch vor Zorn und Scham erbebt, wenn er liest und hört, wozu Menschen fähig sind. Der "Fall Heyde-Sawade" und mit ihm der Komplex um Frau Heyde erfordern von uns eine Behandlung, die jeden Verdacht stillschweigender Komplizität mit den grauenhaften Vorgängen während des Hitlerregimes ausschließt. Wenn man nun aber zur Kenntnis nehmen muss, dass in München verfahren wird, als stünde die schreckliche Vergangenheit nicht zu Debatte, dann gibt es auf viele offene Fragen keine Antwort mehr.

Es ist nur zu hoffen, dass im Bayerischen Landtag alle Zusammenhänge geklärt werden, die jetzt den Verdacht erwecken mussten, als wollte sich irgend jemand in der Bundesrepublik schützend vor eine Vergangenheit stellen, zu deren eindeutiger Überwindung wir alle aufgefordert sind.

* * *

"Ka Geld - ka Musi!"

Rundfunkpleite in Österreich

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Eine junge österreichische Hausfrau wurde kürzlich als zweimillionste Rundfunkteilnehmerin gefeiert, beglückwünscht und beschenkt. Wenige Tage danach wurde in einer Aufsichtsratssitzung der Rundfunkgesellschaft der finanzielle Bankrott verkündet. Zur peinlichen Überraschung der zwei Millionen österreichischen Rundfunkhörer wurden einschneidende Sparmassnahmen und eine beträchtliche Verschlechterung des Programms angekündigt. "Ka Geld - ka Musi!" wie man in Österreich zu sagen pflegt.

Dissonanzen der ÖVP-Wirtschaft

Da der Rundfunk seit 1945 unverkennbar eine Domäne der österreichischen Volkspartei ist, gewinnt man allenthalben immer mehr den Eindruck, dass alles, was von der ÖVP verwaltet wird, zum Fiasko verurteilt ist. Die jetzige Rundfunkpleite offenbart jedenfalls das Versagen der ÖVP auf einem Gebiet, wo man schwerlich, wie anderswo, etwas vertuschen kann. Die Dissonanzen der ÖVP-Miswirtschaft werden gewissermassen von den Rundfunksendern ausgestrahlt.

Der Bankrott wird von der ÖVP mit zu niedrigen Hörergebühren begründet. Die monatliche Gebühr beträgt 7 Schilling. Zunächst wurden, mit Einverständnis der Sozialisten, die Gebühren für die Reklamesendungen um etwa 50 Prozent erhöht sowie verschiedene Einsparungen und Kreditaktionen beschlossen. Auf allen Seiten begannen sodann, wie das in solchen Fällen üblich ist, nach einem Ausweg zu suchen. Einen verspäteten Aprilscherz leistete sich dabei die kommunistische Presse, indem sie allen Ernstes empfahl, "weniger gegen die Kommunisten zu hetzen", dann wäre auch das Finanzierungsproblem gelöst...

Die Wurzeln des Übels

Die Wurzeln des Übels liegen aber offenbar in der Überzeugung der ÖVP, dass nichts so geeignet ist, Protektionskindern einen fetten Posten zuzuschmecken wie der Rundfunk. Das Unheil hat schon zu einer Zeit begonnen, für die man heute niemanden mehr verantwortlich machen kann, nämlich kurz nach Kriegsende, als in jeder der vier Besatzungszonen ein eigener Rundfunkbetrieb aufgenommen wurde. In Wien gab es beispielsweise einen (von den Russen beherrschten) "Österreichischen Rundfunk" und eine eigene Sendergruppe "Rot-Weiss-Rot" der Amerikaner. Als Österreich im Jahre 1955 durch den Abschluss des Staatsvertrages wieder frei und selbständig wurde, wäre es an der Zeit gewesen, die aus den einstigen Besatzungssendern hervorgegangenen und aufgeblähten Senderbetriebe der einzelnen Bundesländer auf ein gerechtfertigtes Ausmass zu verringern. Das aber

widersprach nicht nur den föderalistischen Grundsätzen der ÖVP, sondern auch ihrem Protektionsbedürfnis. Hinzu kam dann noch eine geradezu haarsträubende Miswirtschaft.

Geld nachgeworfen

Das Unbehagen über die eigene Unfähigkeit manifestierte sich bei der ÖVP in dem Ruf nach einer "Entpolitisierung des Rundfunks". Die praktische Konsequenz dieser Forderung war, dass an Stelle des von der ÖVP nominierten Generaldirektors Dr. Karl Czejka der bisherige stellvertretende ÖVP-Generalschreiber und Bundesrat Josef Scheidl Generaldirektor wurde. Rundfunkfachmann war weder der eine noch der andere. Immerhin wollte man dem nach dreijähriger anspruchsvoller Generaldirektorstätigkeit scheidenden Dr. Czejka zur Erleichterung des Abschieds den Weg aus dem Funkhaus mit einer runden Million Schilling pflastern. Auf heftige Einwendungen der Sozialisten reduzierte man diese Befindung auf 780 000 Schilling.

Das war noch vor wenigen Monaten. Der neue Generaldirektor Scheidl musste seither darüber nachdenken, wie er die Ergebnisse der ÖVP-Miswirtschaft im Rundfunk seiner staunenden Hörerschaft sowie der steuerzahlenden Öffentlichkeit plausibel machen kann. Die Erklärung lautete schlussendlich, wie erwähnt, die Rundfunkgebühr sei zu niedrig, sie müsse auf das Doppelte oder darüber hinaus erhöht werden. Andernfalls müsste auf hochwertige Sendungen verzichtet werden und das künftige Radioprogramm sei dann notgedrungen sozusagen ein Creuel.

Sozialisten fragen

Die Sozialisten wollen von einer weiteren Belastung breiter Bevölkerungsschichten nichts wissen. Sie verweisen auf die jüngste ÖVP-Demagogie mit einem sogenannten Preisstoppangebot der Industrie und fragen, wie das mit einer exorbitanten Erhöhung der Rundfunkgebühren zu vereinbaren sei. Und den ÖVP-Generaldirektor Scheidl fragen die Sozialisten, was er in dieser Situation als Anhänger der Privatwirtschaft in einem Privatbetrieb tun würde. Würde der etwa leichtfertig, ja geradezu mit Reklameeifer, die Verschlechterung seiner Ware in die Welt hinausposaunen oder gedankenlos den Preis seines Produkts erhöhen oder müsste er eben den Hut finden, dort zu sparen, wo nur Vorurteile, aber keine Hindernisse im Weg stehen?